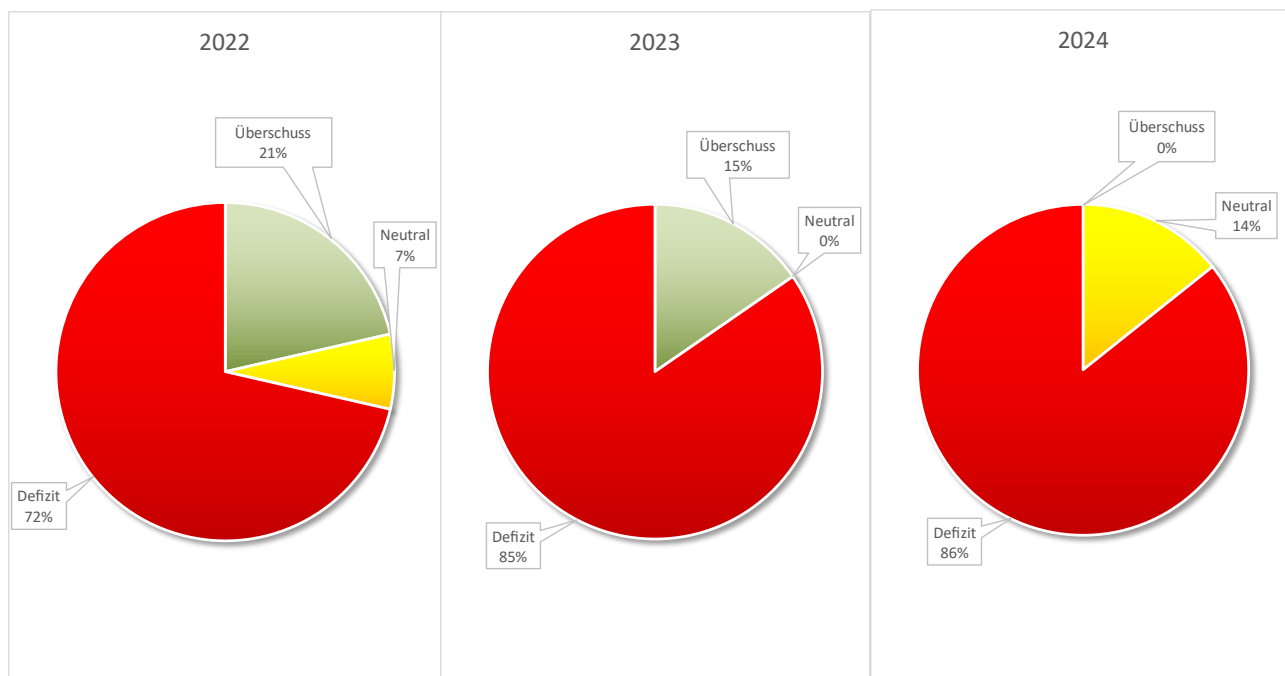


Wiesbaden, den 19. Juni 2023



(erwartete) Jahresergebnisse der befragten Krankenhäuser des Klinikverbunds Hessen

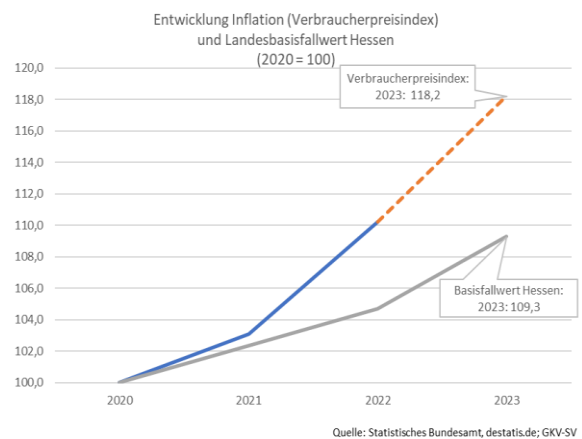
Für viele Krankenhäuser in Hessen gilt bereits „Alarmstufe Dunkelrot“

Klinikverbund Hessen unterstützt den Aktionstag der Deutschen Krankenhausgesellschaft am 20. Juni

„Wenn die Politik nicht schnell etwas unternimmt, werden sich viele Patientinnen und Patienten in Hessen ein anderes Krankenhaus für ihre Behandlung suchen müssen“, stellt Clemens Maurer, Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen, fest. Denn eine Umfrage unter den Mitgliedskrankenhäusern des Klinikverbunds Hessen zur wirtschaftlichen Situation habe ein dramatisches Bild ergeben: „Für das Jahr 2022 gaben bereits 72 Prozent der befragten Krankenhäuser einen negativen Jahresabschluss an, für 2023 erwarten 85 Prozent und für 2024 sogar 86 Prozent der befragten Kliniken ein Defizit“, erläutert Reinhard Schaffert, Geschäftsführer des Klinikverbunds Hessen, die Zahlen. Einen Überschuss erwarte für 2024 keines der Krankenhäuser mehr. Doch nicht nur die Zahl der Krankenhäuser mit negativem Jahresergebnis steige, auch der Betrag des Defizits werde pro Krankenhaus durchschnittlich von rund 4 Millionen Euro im Jahr 2022 auf über 10 Millionen Euro im Jahr 2023 zunehmen. „Das bedeutet, dass eine große Mehrheit der Krankenhäuser momentan für jeden stationär behandelten Patienten im Mittel rund 465 Euro drauflegt; das kann kein Krankenhaus auf Dauer durchhalten!“, betont Schaffert. Auch die Liquiditätslage wird derzeit von 64% und für 2024 von 72% der befragten Kliniken als kritisch oder dramatisch eingestuft.

Ursache dafür sei die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Die gesetzlich festgelegte Finanzierung der Kliniken bestehe aus der Investitionsförderung des Landes sowie aus den von den Krankenkassen finanzierten Behandlungserlösen. Die Investitionsförderung reiche bereits seit Jahrzehnten nicht mehr aus, um den tatsächlichen Investitionsbedarf zu decken, obwohl das Land Hessen im Doppelhaushalt für 2023 und 2024 den Betrag deutlich erhöht habe. Doch die Kosten für Baumaßnahmen und andere Investitionen seien inflationsbedingt mindestens im gleichen Maße angestiegen. Früher habe die Lücke bei der Investitionsförderung durch erwirtschaftete Eigenmittel des Krankenhauses oft ausgeglichen werden können, doch die dafür angesparten Überschüsse aus Vorjahren seien inzwischen aufgebraucht.

„Bei den Erlösen für die Behandlung von Patientinnen und Patienten ist die aktuelle Inflation fast völlig unberücksichtigt, weshalb inzwischen dort ebenfalls die Kosten höher als die Einnahmen sind“, erläutert Achim Neyer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen. Während die Inflation zwischen sechs und acht Prozent liege, sei der für die Abrechnung maßgebliche Landesbasisfallwert im Jahr 2022 lediglich um 2,3 und 2023 um 4,2 Prozent angestiegen und bereits 2021 sei die Inflation höher als der Basisfallwertanstieg gewesen.



Bei den Krankenhäusern, die noch einen neutralen oder gar positiven Jahresabschluss ausweisen könnten, liege dies vor allem an einmaligen Sondereffekten. *„Die Schere zwischen inflationären Kostensteigerungen und demgegenüber unzureichenden Basisfallwerten und die dadurch bedingte strukturelle Unterfinanzierung betrifft auf Dauer alle Krankenhäuser“*, betont Schaffert.

Die Krankenhäuser fordern daher von der Bundesregierung sofortige Maßnahmen zum Inflationsausgleich und die Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung der Kliniken. Daher veranstaltete die Deutsche Krankenhausgesellschaft DKG am 20. Juni einen Aktionstag mit einer zentralen Kundgebung in Berlin, an dem sich auch dezentral viele Krankenhäuser mit Aktionen vor Ort beteiligten. Nach Angaben der DKG fehlen den Krankenhäusern mehr als 10 Milliarden Euro.

„Unsere meist kommunalen Träger können die Defizite nicht auf Dauer ausgleichen, zumal das Geld dann für die anderen Aufgaben der Kommunen wie Schulen oder Kindergärten fehlt“, meint Schaffert. Auch wenn eine Reform der Krankenhausstrukturen als dringend erforderlich angesehen werde, drohe die Daseinsvorsorge der Gesundheitsversorgung zusammenzubrechen, bevor die Reform von Gesundheitsminister Lauterbach überhaupt beschlossen sei. Eine solche Entwicklung berge erheblichen sozialen Sprengstoff. Wenn die Bundesregierung dies in Kauf nehme, dann müsse sie sich über zunehmende populistische Tendenzen nicht wundern.

„Wenn gewartet wird, bis die Krankenhäuser reihenweise Insolvenz anmelden müssen, dann ist nochmals Vertrauen verspielt und zudem werden die Rettungsaktionen viel teurer“, ist Schaffert überzeugt.